

An die Eidgenössischen  
Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Steinhausen, 24. August 2022

## **Stromversorgungs- und Netzsicherheit in der Schweiz: Konsequentes Handeln erforderlich**

Sehr geehrte Damen und Herren Ständerätinnen und Ständeräte,  
sehr geehrte Damen und Herren Nationalrätinnen und Nationalräte

Vor einem Jahr hat die Task Force «Elektrizität» von Kompass / Europa ihr «Whitepaper Stromsystem Schweiz-Europa» veröffentlicht. Darin analysieren namhafte Expertinnen und Experten Optionen, um mittel- und langfristige die Stromversorgungs- und Netzsicherheit in der Schweiz wirtschaftlich und nachhaltig sicherzustellen. Hauptempfehlungen: Der Abschluss eines Interimsabkommens über Strom zwischen der Schweiz und der EU, das Sicherstellen privatwirtschaftlicher Verträge zwischen Übertragungsnetzbetreibern als Fallback-Option sowie der strategische Ausbau des Selbstversorgungsgrades der Schweiz.

Ein Jahr später hat sich die Situation massiv verschärft: Steigende Preise, der Ukraine-Krieg, blockierte Diplomatie und festgefahrene politische Prozesse haben zu einer akuten Bedrohung der Schweizer Stromversorgungs- und Netzsicherheit geführt. Die Wahrscheinlichkeit eines Kollapses des Stromsystems war seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so hoch wie heute. Auch in der täglichen nationalen Presse wird mit zunehmender Besorgnis berichtet. Kompass / Europa anerkennt, dass diese Entwicklungen ein teilweise unerwartetes Ausmass angenommen haben. Umso schwerwiegender erscheint, dass dringend notwendige Schritte und Massnahmen seitens Politik und Behörden nicht oder nur halbherzig angepackt wurden.

Daher wenden wir uns an Sie, sehr verehrte Damen und Herren Ständerätinnen und Ständeräte, Nationalrätinnen und Nationalräte, um die Landesregierung zu konsequentem Handeln zu verpflichten resp. die nötigen Massnahmen allenfalls selbst zu initiieren:

1. Das Dilemma beim Stromabkommen Schweiz-EU bleibt ungelöst. Angedachte Solidaritätsabkommen mit Deutschland, Frankreich und Italien sind reine Kriseninstrumente ohne nachhaltigen Charakter. Die Schweiz muss auf höchster diplomatischer Ebene den Kontakt zur EU und insbesondere zu den Nachbarländern intensivieren, um eine baldige, nachhaltige und gute Lösung im Stromdossier zu erreichen. Eine Übergangslösung wäre ein separates Interimsabkommen über Strom. Auf den Abschluss eines solchen ist mit aller Kraft und mit allen Mitteln – inkl. Druck aus dem Parlament – hinarbeiten.
2. Der Ausbau der Erzeugung und allfällige Förderungen müssen ideologiefrei und technologieneutral erfolgen. Wir können uns keine Experimente erlauben, die bestimmte Technologien bevorzugen und andere ausschliessen. Dies ist insbesondere bei der parlamentarischen Beratung des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Mantelerlass) zu berücksichtigen und im Gesetz entsprechend zu verankern.

3. Die geplanten Wasserkraftreserven können die Situation entlasten, bringen aber keine zusätzliche Energie ins System.
4. Der Zubau von Stromproduktionskapazitäten mittels weitgehend CO<sub>2</sub>-neutralen Gaskraftwerken ist daher schnellstmöglich voranzutreiben. Hierbei ist zwischen kurzfristig einsetzbaren Reservekraftwerken und langfristig verfügbaren am Markt operierenden Kraftwerken zu unterscheiden. Projekte sind vorhanden; sie benötigen verlässliche Rahmenbedingungen und regulatorische Stabilität.

Wir sind uns bewusst, dass die Versorgung mit Gas auch für Zwecke der Stromerzeugung derzeit nicht gesichert ist und der Einsatz von Gas Herausforderungen für die Erreichung der Klimaziele mit sich bringt. Dennoch:

- Kurzfristig erscheint der Einsatz von Gas- und/oder Öl-gefeuerten Turbinen zur Vermeidung einer Strommangellage die einzige valable Option.
  - Mittelfristig benötigt die Schweiz Reservekraftwerke, die realistisch ebenfalls nur durch Gas befeuert werden können; mittelfristig kann aber eine entspannte Gas-Versorgungslage erwartet werden. Der Einsatz dieser Kraftwerke kann mit geringem Aufwand klimaneutral gestaltet werden.
  - Langfristig können bei einem ungenügenden Ausbau der erneuerbaren Energien realistisch nur im Markt befindliche Gaskraftwerke zu einer Steigerung des Selbstversorgungsgrades der Schweiz in erheblichem Umfang beitragen. Langfristig stehen zudem zahlreiche Optionen für eine klimaneutrale Ausgestaltung zur Verfügung.
5. Die Politik muss die privatwirtschaftlichen Verträge zwischen Übertragungsnetzbetreibern zur Sicherung der Netzstabilität umfassend unterstützen. Dies auch durch entsprechende Kontakte mit den betroffenen Ländern.
  6. Das vom Bundesrat skizzierte Bestreben, Beschwerdeverfahren gegen Wind- oder Wasserkraftprojekt zu bündeln, ist zu unterstützen. Es darf jedoch nicht zu zusätzlichen Verfahrensrisiken führen. Es muss zudem um Verfahren bezüglich Netzinvestitionen erweitert werden. Nur so kann der notwendige Netzausbau in der Schweiz sichergestellt werden.
  7. Das Parlament muss den Konflikt zwischen Schutz- und Nutzungsinteressen klären – dies idealerweise im Rahmen des Mantelerlasses.

Konsequentes, geeintes und schnelles Handeln durch das Parlament und die Regierung ist das Gebot der Stunde. Das Parlament kann jetzt die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der genannten Massnahmen schaffen. Eine Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch ad-hoc Massnahmen und Notrecht wird dem Ernst der Lage und den demokratischen Prinzipien der Schweiz nicht gerecht.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Bemühungen zugunsten einer stabilen Stromversorgungs- und Netzsicherheit in der Schweiz.

Mit freundlichen Grüssen und im Namen der Taskforce Elektrizität von Kompass / Europa



Hans E. Schweickardt

Präsident TF Elektrizität  
079 330 33 44



Philip Erzinger

Geschäftsführer Kompass / Europa  
079 436 10 35